



Detailansicht des Registereintrags

Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.

Aktuell seit 02.09.2025 16:50:56

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer: R003684

Ersteintrag: 21.03.2022

Letzte Änderung: 02.09.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 16.06.2025

Tätigkeitskategorie: Berufsverband

Kontaktdaten: Adresse:

Landw. Hauptverein
für Ostfriesland e.V.
Südeweg 2
26607 Aurich
Deutschland

Telefonnummer: +494941609250

E-Mail-Adressen:

heinz-hermann.hertz-kleptow@lhv.de

Webseiten:

www.lhv.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,05

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Manfred Tannen

Funktion: Präsident

2. Carl Noosten

Funktion: Vizepräsident und Kreisverbandsvorsitzender Norden-Emden

3. Heiko Andreeßen

Funktion: Kreisverbandsvorsitzender Aurich

4. Klaus Borde

Funktion: Kreisverbandsvorsitzender Leer

5. Günter Lüken

Funktion: Kreisverbandsvorsitzender Wittmund

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. Maren Ziegler

2. Wiebke Bischoff

3. Rudolf Bleeker

4. Heinz-Hermann Hertz-Kleptow

5. Manfred Tannen

6. Carl Noosten

7. Heiko Andreeßen

8. Klaus Borde

9. Günter Lüken

Gesamtzahl der Mitglieder:

5.476 Mitglieder am 14.05.2024, davon:

5.155 natürliche Personen

321 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben;

Rechtspolitik; Artenschutz/Biodiversität; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Landwirtschaftliche Hauptverein für Ostfriesland e.V. erstrebt als die berufsständische Vertretung der ostfriesischen Landwirte die Erhaltung und Förderung eines leistungsfähigen und leistungsstarken Landvolkes im Rahmen einer gesunden Volkswirtschaft.

Der LHV nimmt die agrarpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, rechtlichen, steuerlichen und sonstigen Interessen seiner Mitglieder und ihrer betriebszugehörigen Familienmitglieder wahr.

Zu den Aufgaben des LHV gehört die Anregung, Förderung und Stellungnahme zu allen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Lage der ostfriesischen Landwirtschaft zum Ziel haben. Das Spektrum der insoweit betroffenen Bereiche auf kommunaler Ebene sowie Landes- und vereinzelt auf Bundesebene ist sehr breit gefächert. Die Interessenvertretung unserer Mitglieder erfolgt auch durch das Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V. als unserem niedersächsischen Dachverband sowie insbesondere auf Bundesebene ausschließlich durch den Deutschen Bauernverband e.V. (DBV) als berufsständische Vertretung. Soweit Zuständigkeiten des Bundes berührt sind, erfolgt bei Bedarf im Einzelfall eine Kontaktaufnahme mit den für unser Verbandsgebiet zuständigen Bundestagsabgeordneten.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Rücknahme der Streichung der Steuerentlastung beim Agrardiesel

Beschreibung:

Forderung der vollständigen Rücknahme der Streichung der Steuerentlastung beim Agrardiesel und die Steuerbefreiung für nicht-fossile Brennstoffe

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2405240018 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Steuerliche Entlastung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

Beschreibung:

Forderung einer steuerlichen Entlastung durch

- unbefristete Fortführung der Tarifglättung für Einkünfte aus LuF
- Einführung steuerfreie Gewinnrücklage für LuF-Betriebe
- Verzicht auf fehlerhaft berechnete Absenkung des Pauschalsteuersatzes für Landwirte bei USt.
- Anhebung der Umsatzgrenze für Umsatzsteuerpauschalierung auf 800.000 €
- Anhebung der Gewinngrenze für Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibung auf 300.000 €

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405240019](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Moratorium für geplante nationale Auflagen und Übernahme von EU-Standards ohne "Aufsatteln"

Beschreibung:

Forderung eines Moratoriums für geplante nationale Auflagen, welche die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusätzlich über EU-Standard belasten, z.B. im Bereich des Tierschutz- oder des Bundeswaldgesetztes- oder der Pflanzenschutzanwendungsverordnung sowie die Übernahme von EU-Standards ohne "Aufsatteln", z.B. bei Auflagen in der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, in Anforderungen der Tierhalternutzungsverordnung oder der Umsetzung der EU-Regelungen (Verordnung -EU- 2023/1115) für entwaldungsfrei Lieferketten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 256/24 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMEL \(20. WP\)](#) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMEL) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbots gesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12719 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbots gesetzes

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMEL) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbots gesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [alle RV hierzu]; BWaldG [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]; VorlPflSchMANwV [alle RV hierzu]; TierSchNutztV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405240020 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Rückbau von Überregulierung und Bürokratie

Beschreibung:

Forderung nach Abbau Bürokratie und Überregulierung

-im Düngerecht (z.B. Abschaffung der Stromstoffbilanzierung u. Reduzierung

schlagbezogener Aufzeichnungen für N/P-Düngung; Befreiung bedarfsgerecht düngender Betriebe von Auflagen in "roten" Gebieten)

-im Pflanzenschutzrecht (z.B. Abschaffung pauschaler nationaler

Pflanzenschutzanwendungsverbote bestimmter Mittel in Schutzgebieten ohne Berücksichtigung lokaler Schutzverordnungen)

-bei Umsetzung der "1. Säule" der EU-GAP (z.B. praxistaugliche Gestaltung der sog. GLÖZ-Standards; praxistaugl. Ökoregelungen bei intensiver Grünlandnutzung; Abschaffung von GLÖZ 9; Grünlanderneuerung o. Antrag)

-im Naturschutzrecht (z.B. gesetzl. Klarstellung, dass Nutzungswechsel von Acker, Dauergrünland und Brache kein Eingriff nach BNatSchG darstellen)

Betroffenes geltendes Recht:

DüngG [alle RV hierzu]; DüV 2017 [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]; AltLandPflSchV 2015 [alle RV hierzu]; GAPKondV [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405240021 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung für wettbewerbsfähige Tierhaltung

Beschreibung:

Forderung von Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft für die Weiterentwicklung einer wettbewerbsfähigen Tierhaltung z.B. durch
-Förderung von Investitionen in eine moderne Silagelagerung
-angemessene und nachhaltige Honorierung von freiwilligen Tierwohlmaßnahmen
-Zulassung einer regulären Jagd auf Wölfe zum Schutze der Weidetierhaltung

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchNutztV [alle RV hierzu]; BJagdG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405240022 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Besserer Schutz landwirtschaftl. Eigentums bei Stromnetzausbau

Beschreibung:

Forderung einer besseren Anerkennung landwirtschaftl. Eigentums und Schutz des Bodens durch
-vorrangige Errichtung von Freileitungen im Hochspannungsbereich anstelle von Erdkabeln

- Einführung einer Beweislast des Projektträgers von Leitungsbauvorhaben, z.B. bei festgestellten Flur- u. Aufwuchsschäden; insbesondere bei Langzeitschäden
- Befreiung von Stromtrassenentschädigungen in der Einkommenssteuer
- zeitlich wiederkehrende Entschädigung von dauerhaften Bodeninspruchnahmen für Durchleitungsrechten

Betroffenes geltendes Recht:

EnLAG [alle RV hierzu]; BBPlG [alle RV hierzu]; NABEG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405240023 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Änderung Frist zur Zertifikatseinreichnung bei Biogasanlagen

Beschreibung:

Die BioSt-NachV beinhaltet eine Fristsetzung binnen derer Biogasanlagen ein Zertifikat einreichen müssen, damit Anlagen, die mehr als 1 MW produzieren, nachweisen können, dass eingesetztes Substrat aus nachhaltigem Anbau stammt (§§ 3, 4 BioSt-NachV). Ziel ist eine Gesetzesänderung, dass diese zeitliche Frist -konkret ist dies der 30.04.2023 (wenn mangels Verfügbarkeit von Auditoren das Zertifikat nicht eingereicht werden kann) - ausgesetzt bzw. verlängert wird, damit die Gewährung der Zahlungen auf Basis des EEG erfolgen kann, wobei die Fristaussetzung aber nicht nur wegen fehlender Verfügbarkeit, sondern bestenfalls generell erfolgen soll.

Betroffenes geltendes Recht:

BioSt-NachV 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406040035 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.300.001 bis 1.310.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Bilanz-GuV-2024-LHV-e-V.pdf](#)